

Tunde Fatunde

Nigerias Rückkehr zur Demokratie

Eine Bewertung

Nach vielen Jahren der Militärdiktatur, die Nigeria ruinierten und zu einem der korruptesten Länder der Welt machten, fanden am 17. Februar 1999 demokratische Präsidentschaftswahlen statt. Aus ihnen ging Olusegun Obasanjo als Sieger hervor. Als er im Mai 1999 sein Amt antrat, lagen fast unlösbare Probleme vor ihm: der Wiederaufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, die Gesundung der Wirtschaft, die Aufhebung der internationalen Isolation des Landes, die Zurückgewinnung der veruntreuten und ins Ausland transferierten Milliarden. Dennoch gibt ein Rückblick auf das erste Amtsjahr Obasanjos Grund zur Zuversicht.

Die Bundesrepublik Nigeria erhielt ihre politische Unabhängigkeit von Großbritannien am 1. Oktober 1960. Das Land beherbergt mehr als 374 ethnische Gruppierungen mit unterschiedlichen Kulturen, Gebräuchen und Traditionen. Die Bevölkerung umfasst im Moment etwa 120 Millionen Einwohner.¹⁾ Nigerias erstes Experiment mit einer Mehrparteiendemokratie überdauerte nicht mehr als sechs Jahre, nämlich von 1960 bis 1966. Am 15. Januar 1966 übernahm das Militär die Macht, an der es bis 1979 festhielt. In diesem Jahr übergaben die Generäle unter Führung von Olusegun Obasanjo die Macht an eine Zivilregierung unter der Führung von Shehu Shagari. 1983 wiederum folgte ein weiterer Militärputsch. Danach regierten die Soldaten mehr als sechzehn Jahre lang das Land und schufen neue Probleme.

In der Zeit von 1984 bis 1999 wurde Nigeria von vier Militärregimes beherrscht, nämlich von General Muhammadu Buhari (1984-1985), General Ibrahim Babangida (1985-1993), General Sani Abacha (1993-1998) und General Abdulsalami Abubakar (1998-1999).

Anders als in einigen Ländern Südamerikas (Chile, Argentinien und Brasilien) wurde das bevölkerungsreichste Land Afrikas von den nigerianischen Generälen noch weiter in die Unterentwicklung und Verarmung geführt – immerhin ein Land, das im Export von Rohöl in Afrika an erster und weltweit an sechster Stelle steht. In Nigeria werden etwa zwei Millionen Barrel Rohöl pro Tag produziert. Die Generäle förderten die Korruption und herrschten nach dem Prinzip *divide et impera*.²⁾ Ein noch nie dagewesenes

Maß von Kriminalität, Korruption, Arbeitslosigkeit, ethnischen und religiösen Konflikten und die drohende Auflösung Nigerias aus verschiedenen Gründen gehören sämtlich zu dem Erbe aus enormen Problemen, das die Generäle der demokratisch gewählten Regierung unter der Führung von Olusegun Obasanjo hinterließen, der von 1975 bis 1979 der Militärjunta angehört hatte. Am 29. Mai 1999 leistete Olusegun Obasanjo seinen Amtseid als demokratisch gewählter Präsident Nigerias. Das Ziel des vorliegenden Beitrags besteht hauptsächlich darin, die Entwicklungen in der politischen Landschaft Nigerias seit der Rückkehr zur Demokratie vor zwölf Monaten zu bewerten.

Nur wenige Monate vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden zwanzig politische Parteien registriert und zur Teilnahme an den Gemeindewahlen zugelassen. Bei diesen Gemeindewahlen erreichten nur drei der zwanzig politischen Parteien einen Stimmenanteil von etwa zehn Prozent in mehr als sechs Bundesstaaten. Aufgrund dieses Kriteriums wurden diese drei Parteien offiziell registriert, nämlich die Peoples' Democratic Party (PDP), die All Peoples' Party (APP) und die Alliance for Democracy (AD). Die PDP, die in mehr als zwei Drittel der insgesamt 36 Bundesstaaten regiert, ist die größte der drei Parteien, gefolgt von der APP, deren Einflussgebiet sich hauptsächlich auf den Nordosten und Nordwesten Nigerias erstreckt. Die AD hingegen beherrscht den Südwesten, in dem auch Lagos liegt, die wirtschaftliche Hauptstadt Nigerias. Diese drei Parteien unterscheiden sich von ihrer Ideologie und ihrem Programm her nicht wesentlich. Sie unterstützen alle mehr oder weniger eine Marktwirtschaft mit weitgehender staatlicher Kontrolle und befürworten ein noch weitergehendes Eingreifen und eine weitergehende Beteiligung des Staates im Gesundheits- und Bildungswesen sowie beim Aufbau der Infrastruktur. Diese politischen Zielsetzungen sind jedoch noch keineswegs voll ausformuliert; die drei Parteien wurden nämlich in aller Eile gegründet, um an den Wahlen teilnehmen zu können, denn davon hing die Rückkehr des Militärs in die Kasernen im Wesentlichen ab.

Am 17. Februar 1999 fanden die Präsidentschaftswahlen statt, zu denen nur zwei Kandidaten angetre-

1) Onigu Otite, Issac Olawale Albert, *Community Conflicts in Nigeria*, Spectrum Books Limited, Ibadan 1999, S. 18.

2) Matthew Hassan Kukah, *Democracy and Civil Society in Nigeria*, Spectrum Books Limited, Ibadan 1999, S. 77-85.

ten waren: Olusegun Obasanjo, der Bannerträger der PDP, und Olu Falae, der sowohl für die AD als auch für die APP kandidierte. Olu Falae wurde von Olusegun Obasanjo geschlagen. Bei allen drei Urnengängen, das heißt bei den Gemeinde-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, war Geld ein bedeutender Faktor. Besonders unter den Kandidaten der PDP und APP waren die Gewinner der Wahlen Persönlichkeiten, die in den langen Jahren der Militärherrschaft als Armeelieferanten und Neureiche ein Vermögen angehäuften hatten. Da es sich bei diesen Persönlichkeiten um Apologeten des Militärs handelt³⁾, war die Machtübernahme ihrer Freunde für die Soldaten kein Anlass, sich über ihre Zukunft Sorgen zu machen. Diese urbanen Politiker, die die Nationalversammlung (bestehend aus Senat und Repräsentantenhaus) beherrschen, erwiesen sich später als Gegner der Reformen, die Olusegun Obasanjo zur Bekämpfung der Korruption in die Wege leitete.⁴⁾

3) Matthew Hassan Kukah,
a. a. O.

4) Vgl. „Lawmakers on the Rampage“, in der Wochenzeitschrift *TELL*, 10, 6. März 2000, S. 3.

Am 29. Mai 1999 leistete Olusegun Obasanjo seinen Amtseid als demokratisch gewählter Präsident Nigerias. Die von ihm geführte demokratisch gewählte Regierung sah sich zahlreichen ernsthaften Problemen gegenüber, an denen das Land zu zerbrechen drohte: Kriminelle Elemente, die scheinbar wahllos Gewalttaten und Morde begingen; eine darniederliegende Wirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit; eine korrupte und demoralisierte Polizei und schließlich ethnisch und religiös motivierte Konflikte.

Olusegun Obasanjo wurde zusammen mit seinem Vizepräsidenten Atiku Abubakar in Gegenwart einer vielköpfigen Menge nigerianischer Bürger vereidigt, zu der auch Mitglieder des diplomatischen Korps und einige afrikanische Staatsoberhäupter gehörten, wie z. B. Nelson Mandela, der frühere Regierungschef von Südafrika. In seiner Antrittsrede erklärte Obasanjo den Kampf gegen die Korruption zum wichtigsten Ziel seiner Regierung. Wörtlich sagte er: „Es ist für eine Gesellschaft unmöglich, ihr volles Potential auch nur annähernd zu entfalten, wenn sie es zulässt, dass sich die Korruption – wie in Nigeria – zu einem Krebsgeschwür entwickelt. Eine der größten Tragödien der Militärherrschaft in der jüngsten Vergangenheit bestand darin, dass die Korruption sich auch dann ungehindert und ungebremst

weiter ausbreiten konnte, wenn sie schon förmlich ins Auge sprang. Offizielle Verfahrensrichtlinien wurden bewusst ignoriert, beiseite gewischt und umgangen, um der Korruption den Weg zu ebnen. Die Nutznießer dieser Korruption werden sich ganz sicher mit allen Mitteln wehren, aber wir werden hart bleiben. Niemand, der Rechtsbrüche, Bestechungen und andere Übeltaten begangen hat, wird strafflos ausgehen, egal, um wen es sich dabei handelt.“⁵⁾

Wenn die Rückkehr Nigerias zur Demokratie von Erfolg gekrönt sein soll, ist es in der Tat unumgänglich, die Korruption ohne Nachsicht zu bekämpfen, denn sie behindert Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und nationale Integration gleichermaßen. Während der 16-jährigen Militärdiktatur gab es in Nigeria weder wirtschaftlichen Wohlstand noch gesellschaftliche Harmonie, da das Militär den Staatsapparat zur Zweckentfremdung menschlicher und materieller Ressourcen missbrauchte.⁶⁾ Aus diesem Grund wurde Nigeria, das in den siebziger Jahren nach Einschätzung der Weltbank zu den Nationen mit mittleren Einkommen gehörte, zu einem der ärmsten Länder der Welt, in dem etwa 43 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben.⁷⁾ Dieses einzigartige Missmanagement von Ressourcen als Folge der Durchstechereien und der Korruption des Militärs wurde von Transparency International untersucht, einer international tätigen nicht-regierungsamtlichen Organisation mit Sitz in Berlin. Laut Transparency International galt Nigeria in zwei aufeinanderfolgenden Jahren, nämlich 1997 und 1998, als das korrupteste Land der Welt. Erst 1999 nahm es nach Kamerun einen „tröstlichen“ zweiten Platz ein.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die Regierung Olusegun Obasanjos der Kampagne gegen die Korruption eine so große Bedeutung beimisst. Einer der Schritte, die er in diesem Zusammenhang unternahm, war die Einberufung einer Kommission unter Leitung des Wirtschaftsprüfers und Wirtschaftswissenschaftlers Christopher Kolade. Die Hauptzielsetzung dieser Kommission bestand in der Überprüfung der verschiedenen Verfahren zur Vergabe von Lieferaufträgen für Bauprojekte der Regierung sowie von Lizenzen zur Erschließung und Ausbeutung der Ölvorkommen im Bereich des Niger-Deltas an in- und ausländische Unternehmen.

5) Olusegun Obasanjo, „There Will Be No Sacred Cows“, in der Tageszeitung *Sunday Concord* vom 30. Mai 1999, S. 5.

6) Olusegun Obasanjo, *This Animal Called Man*, ALF Publications, Abeokuta 1999, S. 189.

7) Osita Agbu, „Poverty Alleviation in Nigeria“, aus: *Selected Papers for the 1997 Annual Conference of the Nigerian Economic Society*, Nigerian Economic Society, Ibadan 1997, S. 348.

Besonders genau untersucht werden sollte die Vergabe derartiger Kontrakte im Zeitraum von Januar 1984 bis Mai 1999. Nach regierungsamtlichen Angaben gehörten die Aufträge, die damals von der Regierung vergeben wurden, von ihrem Volumen her mit zu den aufgeblähtesten der Welt, und die entsprechenden Verfahrensvorschriften wurden größtenteils nicht befolgt. Nach wochenlangen Beratungen legte die Kommission Präsident Olusegun Obasanjo einen ersten Zwischenbericht vor, worauf der Exekutivrat, bestehend aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Bundesministern, den Beschluss faßte, einige der im Zeitraum von 1984 bis 1999 vergebenen Ölförderlizenzen und Lieferverträge zu annullieren.⁸⁾

In der festen Absicht, die korrupten Praktiken, die in der Vergangenheit zahlreiche ausländische Investoren abgeschreckt hatten, allmählich aus dem Staatsdienst auszumerzen, berief Präsident Olusegun Obasanjo einen Untersuchungsausschuss ein, der die von der Familie General Sani Abachas veruntreuten Gelder wiederbeschaffen sollte. Den Vorsitz des Ausschusses hat General Muhammadu Gusau inne, der auch als Sicherheitsberater fungiert. Mitarbeiter des nigerianischen Präsidenten nahmen durch diplomatische Kanäle Kontakt mit Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich auf und ersuchten diese und andere entwickelte Nationen um Amtshilfe bei dem Vorhaben, die durch den verstorbenen General Sani Abacha veruntreuten Gelder zurückzuerlangen, die seine Familie auf privaten Bankkonten im Ausland deponiert hatte. Bislang sind die Ergebnisse dieser Anstrengungen positiv; so wurde bei verschiedenen europäischen Banken ein Gesamtguthaben von etwa 1,5 Milliarden Dollar eingefroren, das der Familie des verstorbenen Generals Sani Abacha zugeschrieben wird.⁹⁾ Das Vermögen von General Ibrahim Babangida beläuft sich vermutlich auf sechs Milliarden US-Dollar.¹⁰⁾ Diese kolossalen Beträge, die sämtlich von nigerianischen Generälen entwendet wurden, stammen aus dem Verkauf von nigerianischem Rohöl auf den internationalen Märkten.

Vom Zeitpunkt seines Amtsantritts an machte Präsident Olusegun Obasanjo kein Hehl aus seiner Absicht, den von dem verstorbenen General Sani Abacha aufgebauten Petroleum Trust Fund (PTF) zu

8) Vgl. „The Rape of the Nation“, in der Wochenzeitschrift *The News*, Jahrgang 14, 17, 13. April 2000.

9) Vgl. „Nigeria Welcomes Freezing of Abacha's Account in Luxembourg“, in der Tageszeitung *The Comet* vom Mittwoch, 10. Mai 2000, S. 40.

10) Vgl. „The \$ 6 Billion Loot, IBB's Foreign Allies“, in der Wochenzeitschrift *The News*, Jahrgang 14, 18, 8. Mai 2000.

zerschlagen. Der PTF war eine einflussreiche Institution, der etwa 13 Prozent (!) der Einnahmen zuflossen, die für den Verkauf von Rohöl auf den internationalen Märkten erzielt wurden. In der Struktur einem Kraken ähnlich, fungierte der PTF als Staat im Staate und hatte überall seine Hand im Spiel: Der Straßenbau und die Instandhaltung von Raffinerien gehörten genauso zu seinem Tätigkeitsbereich wie die Vergabe von Krediten zum Erwerb von Düngemitteln an Landwirte und die Errichtung von Elektrizitätswerken. Auch gegen den PTF wird der Vorwurf der Korruption erhoben. Die Führung des Fonds hatte General Muhammadu Buhari inne, der von Januar 1984 bis Mai 1985 das Staatsoberhaupt von Nigeria war. Zur Untersuchung der Geschäftspraktiken des PTF wurde ein außerordentlicher Ausschuss einberufen, von dessen Arbeitsergebnissen jedoch bislang noch nichts offiziell bekannt geworden ist.

Zu den von der Regierung Olusegun Obasanjo im Zusammenhang gegen die Korruption ergriffenen Maßnahmen gehört auch der Entwurf eines Anti-Korruptions-Gesetzes. Nach diesem Entwurf wird jeder Versuch eines Regierungsvertreters, wozu auch der Präsident von Nigeria zählt, durch Diebstahl, die Vergabe von aufgeblähten Regierungskontrakten und dem Einsatz persönlicher Macht mit betrügerischer Absicht illegalerweise Reichtum anzuhäufen, künftig gesetzlich strafbar. Der Entwurf ermächtigt den Generalstaatsanwalt oder den Justizminister, Ausschüsse einzuberufen, um entsprechende Vorwürfe, die gegen Regierungsbeamte erhoben werden, näher zu untersuchen. Kein(e) Staatsbedienstete(r) und kein(e) Regierungsvertreter(in) wäre dann noch während seiner/ihrer Amtszeit durch die Immunität davor geschützt, vor einem Untersuchungsausschuss zu Korruptionsvorwürfen aussagen zu müssen, die gegen ihn/sie erhoben werden. Falls das dem Untersuchungsausschuss vorliegende Material für den Nachweis ausreicht, dass ein Staatsvertreter seine Stellung in korrupter Weise missbraucht hat, würde dieser direkt dem Gericht überantwortet und müsste sich wegen Korruption verantworten. Die Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Korruption wurde durch die Nationalversammlung gebilligt und von Präsident Obasanjo unterzeichnet.¹¹⁾ Das Gesetz zur

11) Vgl. „The True Meaning of Corruption“, in der Wochenzeitschrift *TELL*, 10, 6. März 2000, S. 3.

Bekämpfung der Korruption ist im Großen und Ganzen weder neu noch besonders bemerkenswert. Neu ist lediglich die Tatsache, dass in Zukunft kein gewählter Staatsvertreter, das Staatsoberhaupt eingeschlossen, sich während seiner Amtszeit auf seine Immunität berufen kann, falls ein Untersuchungsausschuss den Nachweis erbringen kann, dass die gegen den Betreffenden erhobenen Korruptionsvorwürfe den Tatsachen entsprechen. Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mussten sich gewählte Staatsvertreter nur dann wegen Korruptionsvorwürfen verantworten, wenn sie nicht mehr im Amt waren und deswegen keine Immunität mehr genossen. Zu Anfang leisteten viele Mitglieder der Nationalversammlung Widerstand gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption, weil sie insgeheim glaubten, dass seine Umsetzung ihnen schaden würde. Unter den Militärregimes wurden einige dieser Abgeordneten reich, weil sie als Lieferanten der Regierung vertragliche Zahlungen im Wert von Millionen amerikanischer Dollar unterschlugen. Diesen korrupten Politikern bereitet die Anti-Korruptions-Kampagne Olusegun Obasanjos natürlich große Sorgen, und daraus erklärt sich auch ihre unverhüllte Feindseligkeit gegenüber der Regierung. Ganz offensichtlich sind in diesem Zusammenhang auch die Verzögerungen bei der Verabschiedung des Etats für das Jahr 2000 zu sehen. Der Etat wurde der Nationalversammlung im November 1999 vorgelegt, aber von ihr erst nach langem Hin und Her und nach unnötigen Rangeleien in der letzten Märzwoche 2000 widerstrebend gebilligt, obwohl er eigentlich bereits im Januar hätte in Kraft treten müssen. Ein weiterer Grund für die Verzögerungen bei der Abstimmung über den Etat liegt in der Weigerung von Präsident Olusegun Obasanjo, den Gesetzgebern gewisse unangemessene Privilegien zu gewähren, die sie gefordert hatten.¹²⁾

12) Vgl. „Lawmakers on the Rampage“, *TELL*, a. a. O.

Auch die aktive Förderung der Menschenrechte bildet einen Teil des politischen Programms der Regierung Obasanjos. In diesem Zusammenhang ist auch der Grund für die feste Absicht der Bundesbehörden zu suchen, einige einflussreiche Mitglieder der Regierung des verstorbenen Sani Abacha vor Gericht zu bringen, denen schwerste Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen werden. Nur

wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt wies Olusegun Obasanjo den Justizminister an, die entsprechenden Untersuchungen auf einige ranghöhere Angehörige der Polizei und der Streitkräfte auszuweiten; ihnen wurde vorgeworfen, die Ermordung einiger Oppositionsmitglieder veranlasst zu haben, die aufgrund ihrer persönlichen Ansichten bei der Zivilgesellschaft in hohem Ansehen standen. Die Untersuchung endete damit, dass die folgenden Personen vor Gericht wegen verschiedener Attentate und Morde angeklagt wurden: Major Hamza Al-Mustapha, der frühere Sicherheitschef von Sani Abacha; Oberst Jubrin Bala Yakubu, der frühere Militärgouverneur des Bundesstaats Zamfara; der Polizeichef Rabo Lawal; James Danbaba, der frühere Polizeichef von Lagos; General Ishaya Bamaïyi, der frühere Stabschef der Armee; Sergeant Barnabas Jabilla, ein Angehöriger der Mördertruppe General Abachas; und schließlich Muhammad Abacha, der Sohn des verstorbenen Diktators. Zur Zeit läuft ein Verfahren gegen diese Personen wegen des Attentats auf Chief Alfred Rewane, einen der führenden Angehörigen der National Democratic Coalition (NADECO), einer einflussreichen antimilitärischen Organisation, und auf Kudurat Abiola, die Ehefrau von Chief Moshood Abiola, dem Sieger der Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 1993. Gleichzeitig müssen sich diese Angeklagten auch wegen Mordversuchs an Alex Ibru verantworten, dem Herausgeber der Tageszeitung *The Guardian*, die zu den einflussreichsten Nigerias zählt. Beide Verfahren sind zur Zeit im Gang.¹³⁾

Im Rahmen seiner vorausschauenden Menschenrechtspolitik berief Präsident Olusegun Obasanjo eine Menschenrechtskommission unter der Leitung von Richter James Nwokedi ein, der früher dem Obersten Gerichtshof angehörte. Die Kommission hat den Auftrag, alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen von 1975 bis zum 29. Mai 1999 zu untersuchen. Dies betrifft die Zeit der Militärherrschaft, in der die Bevölkerung allgemein schlecht regiert wurde und eklatante Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung standen. Die Bundesbehörden haben bereits eine rasche Reaktion auf die Empfehlungen der Kommission in Aussicht gestellt, jedoch hat die

13) Vgl. „Muatapher's Wife Offered Me Ten Million Naira“, in der Tageszeitung *Nigerian Tribune*, 12329, vom Donnerstag, dem 11. Mai 2000.

Kommission bislang noch keinen abschließenden Bericht vorgelegt.

Eine wesentliche Leistung der Regierung Obasanjo seit ihrem Amtsantritt vor zwölf Monaten besteht darin, das Land von dem Ruf eines Paria-Staats befreit zu haben, der ihm auf internationaler Ebene besonders unter der eisernen Knute des verstorbenen Generals Sani Abacha anhing. Die Commonwealth-Organisation, die sich aus früheren britischen Kolonien zusammensetzt, suspendierte die Mitgliedschaft Nigerias am 12. November 1995 unter anderem wegen des Mordes an Ken Saro-Wiwa, einem Schriftsteller und Menschenrechtler, der ein einflussreiches Mitglied der Umweltschutzorganisation MOSOP (The Movement for the Survival of the Ogoni People) war. Im August 1999 verkündete der Generalsekretär der Commonwealth-Organisation, Emeka Anyaoku, die Annullierung dieses Beschlusses.

Um das Image Nigerias aufzubessern und dem Land wieder Respekt in der Völkergemeinschaft zu verschaffen, stattete Präsident Olusegun Obasanjo mit seinem Vizepräsidenten Atiku Abubakar verschiedenen Ländern in Nordamerika, Westeuropa, Südostasien und Südafrika Besuche ab. Fast immer wurden dabei die Arbeitsbeziehungen zwischen diesen Ländern und Nigeria erneuert und in manchen Fällen sogar erweitert. Umgekehrt wurde Nigeria von einflussreichen Vertretern der Europäischen Union, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds besucht, die sich verpflichteten, Nigeria bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Krisen zur Seite zu stehen, die durch die früheren Militärregimes verursacht wurden.

Zu den bedeutendsten Leistungen der Regierung Obasanjos gehört auch der drastische Abbau der Finanzleistungen, die der nigerianische Staat im Zusammenhang mit friedenserhaltenden Missionen erbringt. Unter dem Regime der Generäle Ibrahim Babangida und Sani Abacha gab Nigeria etwa sieben Milliarden Dollar für eine friedenserhaltende Mission in Liberia (The West African Peace Keeping Mission) unter der Schirmherrschaft der ECOMOG aus. Jahrelang waren etwa 12 000 Mann der nigerianischen Streitkräfte in Liberia eingesetzt, und weitere 10 000 nahmen an einer weiteren friedenserhaltenden Mission in Sierra Leone teil. Für die Versorgung der

Truppen in Sierra Leone wurde täglich eine Million Dollar aufgewendet. Dieser Verschwendung wurde abrupt ein Ende gesetzt. Präsident Olusegun Obasanjo hat den Rückzug aller nigerianischer Truppen aus Sierra Leone und Liberia angeordnet. Zwar gibt es nun wieder Pläne, erneut nigerianische Truppen nach Sierra Leone zu entsenden, aber diesmal soll ihr Einsatz durch die UN finanziert werden. Desgleichen hat sich Nigeria bereit erklärt, sich in vollem Maße an friedenserhaltenden Missionen zu beteiligen, die von den Vereinten Nationen geleitet und finanziert werden. In diesem Zusammenhang wurde den Vereinten Nationen offiziell mitgeteilt, Nigeria sei bereit, sich mit eigenen Truppen an der friedenserhaltenden Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu beteiligen. Die Bundesbehörden beabsichtigen, die bislang für friedenserhaltende Missionen im Ausland vorgesehenen Gelder zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, des Bildungswesens und der Kommunikations-Infrastruktur zu verwenden.

■ Politische, religiöse, ethnische und institutionelle Krisen

In der Bundesrepublik Nigeria sieht sich die Regierung von Olusegun Obasanjo landauf, landab auch mit schweren ethnisch und religiös motivierten Konflikten konfrontiert. Diese Konflikte sind nicht neu, sondern bestanden zum größten Teil bereits vor der Gründung der immer noch schwächlichen demokratischen Institutionen in Nigeria, und sie sind durchaus in der Lage, die sich langsam entwickelnde Demokratie im Lande zu destabilisieren und vom Kurs abzubringen.

In dem im Südwesten gelegenen Bundesstaat Osun führte die alte Rivalität zwischen Modakeke und Ife zu wochenlangen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Beide Gemeinschaften gehören derselben ethnischen Gruppierung an, nämlich den Yoruba. Hauptursache für den Konflikt ist die Verlegung einer Verwaltungszentrale von Modakeke nach Ife.¹⁴⁾ In Modakeke riefen einflussreiche Führungspersonlichkeiten die Jugend der Stadt zum Protest gegen diese Verlegung auf. Gleichzeitig verschworen sich die Einwohner von Ife, jedem Versuch einer Verlegung Widerstand zu leisten. Die Anfänge dieser Krise rei-

14) Vgl. „Ife – Modakeke: 12 Feared Killed in Renewed Fighting“, in der Tageszeitung *The Guardian*, Jahrgang 16, 7845, vom Freitag, dem 5. Mai 2000, S. 1-2.

chen bis in das Regime des verstorbenen Generals Sani Abacha zurück, aber seit Anfang des Jahres haben sich die Ausschreitungen immer mehr verschärft. Mehr als hundert Menschen haben bislang ihr Leben verloren, und der Sachschaden geht in die Tausende. Präsident Olusegun Obasanjo schritt persönlich ein und beauftragte einen Ausschuss damit, den Konflikt beizulegen. In der dritten Aprilwoche einigten sich alle Parteien darauf, der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die Kämpfe haben sich beträchtlich abgeschwächt, aber der Ausschuss arbeitet immer noch an den Modalitäten, die dazu dienen sollen, weitere Ausbrüche von Gewalttätigkeit zu verhindern.

Lagos, die wirtschaftliche Hauptstadt von Nigeria, hat ebenfalls unter ethnischen Konflikten zu leiden. In der ersten und zweiten Dezemberwoche 1999 brachen in Ajegunle, einem Vorort von Lagos, in dem mehr als zwei Millionen Menschen verschiedener ethnischer Abstammung wohnen, gewalttätige Konfrontationen zwischen jugendlichen Angehörigen des Ijaw-Stammes und Mitgliedern des Odua Peoples Congress (OPC) aus. Die Ijaw gehören zu den ethnischen Minderheiten, die hauptsächlich den atlantischen Küstenstreifen von Lagos über Ondo bis zu den Bundesstaaten Delta, Bayelsa und Rivers bewohnen. Im Bundesstaat Lagos stellen die Ijaw jedoch nur eine verschwindend geringe Minderheit. Die OPC ist eine militante ethnonationalistische Gruppe, die für sich beansprucht, für die „Emanzipation“ der Yoruba zu kämpfen. Als größte Volksgruppe im Land sind die Yoruba hauptsächlich im Südwesten Nigerias und damit auch in Lagos zu finden.

Grund für die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Ijaw-Jugendlichen und der OPC war ein unbedeutender Streit, der in einem Bierlokal in Ajegunle zwischen einem Ijaw und einem Yoruba ausgebrochen war. Aus diesem nebensächlichen Streit entwickelte sich eine schwere ethnisch motivierte Auseinandersetzung, die auf beiden Seiten Hunderte von Menschenleben forderte.¹⁵⁾ Die Bundesregierung musste Truppen einsetzen, um dem Aufruhr Einhalt zu gebieten. Der Konflikt zwischen Ijaw und Yoruba in Lagos ist Teil des Konflikts zwischen Ijaw und Ilaje im Bundesstaat Ondo. Die Ilaje sind ein Unterstamm der Yoruba; der Konflikt zwischen ihnen und den Ijaw entstand, weil beide Seiten den Löwenanteil

15) Vgl. „Fire for Fire: Aso Rock Cracks down on OPC, Ijaw Militants“, in der Wochenzeitschrift *TELL*, 50, vom 13. Dezember 1999, S. 14-20.

an den Tantiemen und Entschädigungen beanspruchen, die von den im Bundesstaat Ondo tätigen Ölmultis für die Ölförderung und die Landnutzung gezahlt werden. Auch in Ondo haben die gewalttätigen Zusammenstöße zwischen diesen beiden ethnischen Gruppen das Leben etlicher Unschuldiger gefordert.

Ein Streit, der zwischen Händlern aus den Stämmen der Yoruba und Hausa in einem vielbesuchten Markt im südlichen Teil von Lagos ausbrach, führte ebenfalls zu schweren Ausschreitungen. Die Ursache für den Konflikt lag in einem Streit darüber, wer auf diesem Mile 12 genannten Marktplatz die Steuern und Abgaben zu erheben habe. Jahrelang war es der Führer der Hausa gewesen, der Abgaben und Steuern auf dem Markt eingetrieben hatte. Die Yoruba, die die überwiegende Mehrheit der Händler stellen, verlangten nun, dass ihr Führer mit der Beitreibung der Steuern und Abgaben betraut werden solle. Das führte zu Gewalttätigkeiten, bei denen mehrere Menschen getötet wurden. Für die Bundesregierung war dieser Ausbruch von Gewalt deswegen Anlass zur Sorge, weil die Regierung des Bundesstaates Lagos anscheinend nicht in der Lage war, die Zusammenstöße in den Griff zu bekommen. Präsident Olu-segun Obasanjo drohte, er werde aufgrund der ihm in seiner Eigenschaft als oberster Verantwortlicher für die innere Sicherheit des Landes verliehenen Befugnisse nicht zögern, in Lagos den Notstand auszurufen. Zusätzliche Polizeikräfte wurden mit gepanzerten Fahrzeugen nach Lagos entsandt, um die sich weiter verschärfenden Ausbrüche von Gewalt einzudämmen. Zur Zeit ruhen sämtliche ethnischen Konflikte in Lagos.

Auch im Niger-Delta kommen gewalttätige ethnische Auseinandersetzungen häufig vor. Dort werden täglich zwei Millionen Barrel Rohöl gefördert. Diese ethnischen Auseinandersetzungen im Niger-Delta, wo verschiedene kleine ethnische Gruppierungen zusammenleben, begannen bereits vor einigen Jahren, entwickelten sich aber Anfang der neunziger Jahre besonders intensiv. Seit der unrechtmäßigen Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa am 10. November 1995 sind die Ausschreitungen im Niger-Delta noch gewalttätiger geworden. Saro-Wiwas Tod durch den Strang war von dem verstorbenen Sani Abacha ange-

ordnet worden. Im Rahmen der Ausschreitungen wurden Öl-Pipelines zerstört, Arbeiter und besonders ausländische Ingenieure an den Bohrstellen als Geiseln genommen, Bohrseln besetzt und Häuser von rivalisierenden Gemeinschaften niedergebrannt. Auch während der Vereidigung von Olusegun Obasanjo als Staatsoberhaupt von Nigeria am 29. Mai 1999 dauerten die gewalttätigen Auseinandersetzungen an. In seiner Antrittsrede versprach Olusegun Obasanjo, den Umwelt- und Wirtschaftsproblemen der in den Ölfördergebieten lebenden Gemeinschaften höchste Priorität einzuräumen.

Die verschiedenen im Bundesstaat Niger-Delta ansässigen Ethnien fordern schon seit einigen Jahrzehnten, dass ein bedeutender Teil der Öleinnahmen dazu verwendet werden sollte, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen grundlegend zu verbessern. Die Bundesregierung hat erkannt, dass die anhaltenden Ausschreitungen, die eine Sicherheitsbedrohung für die Wirtschaft Nigerias darstellen, ganz offensichtlich nur beendet werden können, wenn die Bekämpfung von Elend, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriminalität im Niger-Delta in Angriff genommen wird. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Entwicklungskommission für das Niger-Delta (Niger Delta Development Commission, NDDC) vorgelegt. Der Entwurf sieht vor, dreizehn Prozent der Öleinnahmen den neun Ölförderstaaten im Niger-Delta zukommen zu lassen. Es handelt sich dabei um Abia, Akwa-Ibom, Bayelsa, Cross River, Delta, Edo, Imo, Ondo und Rivers. Die Vorlage wurde von der Nationalversammlung verabschiedet und trat nach der Unterzeichnung durch Präsident Olusegun Obasanjo in Kraft. Die Auszahlung von dreizehn Prozent der Einnahmen aus dem Verkauf von Rohöl an die oben genannten neun Staaten hat bereits begonnen.¹⁶⁾ Es ist noch zu früh, um mit Sicherheit sagen zu können, ob die gewalttätigen Konflikte im Niger-Delta nachlassen, nachdem nunmehr Mittel zur Verfügung stehen, um den Lebensstandard der Bewohner dieser Ölförderregionen zu heben. Von einigen Menschenrechtsorganisationen und politischen Gruppierungen im Niger-Delta wurde das Gesetz jedoch abgelehnt. Nach Ansicht dieser Gruppen können die im Niger-Delta beste-

16) Vgl. „Derivation: Praise for Government; Niger Delta Demands Arrears“, in der Tageszeitung *The Guardian*, Jahrgang 16, 7836 vom Mittwoch, 26. April 2000.

henden Probleme nur dann auf Dauer gelöst werden, wenn die dortigen Einwohner die totale Verfügungsgewalt über die Öleinnahmen erhalten.

Die schwerwiegendste soziale Krise, mit der sich die Regierung Obasanjo auseinandersetzen muss, hat ihren Ursprung im Norden des Landes. Seit der politischen Unabhängigkeit von Großbritannien vor vierzig Jahren saß dort bis vor kurzem eine aus Hausa und Fulani bestehende Elite an den Schalthebeln der Macht. Diese Elite ist hauptsächlich muslimischen Glaubens. Daneben existieren in Nordnigeria und besonders im Zentrum des Landes, in einer „Middle Belt“ genannten Region, zahlreiche ethnische Minderheiten, die entweder Christen oder Animisten sind. Vier Jahrzehnte lang stand die dortige Zentralverwaltung unter der Kontrolle der Hausa und Fulani, Streitkräfte, Polizei und Staatsführung eingeschlossen. Seit dem 1. Oktober 1960, das heißt seit der Unabhängigkeit, stammen die Staatsoberhäupter Nigerias grundsätzlich aus dem Norden; die einzigen Ausnahmen sind General Yakubu Gowon, der von 1966 bis 1975 herrschte und aus dem Middle Belt stammt, und Olusegun Obasanjo, der von 1976 bis 1979 regierte und aus dem Südwesten stammt. Die Denk- und Handlungsweise der Zentralregierung vermittelte dementsprechend den Eindruck, die nigerianische Bevölkerung sei in ihrer Mehrheit muslimischen Glaubens und die Christen seien lediglich eine Minderheit. Der tatsächliche Anteil der Christen und Muslime an der Bevölkerung ist jedoch unbekannt, weil bei der Volkszählung, die 1992 von dem Militärdiktator General Ibrahim Babangida durchgeführt wurde, die Fragebögen absichtlich keine Angaben zur Religionszugehörigkeit enthielten. Als Folge hiervon tobt immer noch ein Streit um den tatsächlichen Umfang der christlichen und muslimischen Bevölkerung in Nigeria.

Diese detaillierten Ausführungen sind unerlässlich, denn sie vermitteln den Hintergrund zu der größten Herausforderung, der sich die Regierung von Olusegun Obasanjo gegenüber sieht. Urheber dieser Herausforderung ist die Elite der Hausa und Fulani, die auf der Einführung der Sharia in Nigeria beharrt. Dieses Gesetzeswerk stellt einen integralen Bestandteil sowohl der Theokratie als auch der Ideologie des Islam dar. Ausgelöst wurde die Krise um

die Sharia am 27. November 1999, als die Gesetzgeber des Bundesstaats Zamfara im Nordwesten Nigerias ein Gesetz verabschiedeten, nach dem die Sharia künftig die Leitideologie des Staates bilden sollte. Nach der Unterzeichnung durch Gouverneur Sani Ahmed trat das Gesetz in Kraft. Der Ruf nach der Sharia verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Muslimen in den sechzehn nordnigerianischen Bundesstaaten, in denen die Hausa und die Fulani die Mehrheit stellen. Die CAN (Christian Association of Nigeria), der nigerianische Dachverband aller orthodoxen und nichtorthodoxen Kirchen, protestierte gegen die Einführung der Sharia und bezeichnete sie als diskriminierend und verfassungswidrig. Unterstützt von einflussreichen Mitgliedern der Hausa-Fulani-Elite beriefen verschiedene muslimische Organisationen ihrerseits Versammlungen zur Unterstützung der Sharia ein.¹⁷⁾ Gewalttätigkeiten brachen im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Sharia in Kaduna aus, ein im gleichnamigen Bundesstaat gelegenes städtisches Zentrum. Fünf Tage lang marschierten die Muslime zu Tausenden vor das Parlamentsgebäude in Kaduna mit der Forderung, die Sharia gesetzlich zu verankern. Am 11. Februar 2000 marschierten mehrere tausend Christen ihrerseits vor das Parlamentsgebäude, um gegen die Sharia zu protestieren. Diese zunächst friedliche Protestaktion der Christen wurde in dem Moment gewalttätig, als einige muslimische Jugendliche sich mit einigen Christen anlegten, die nach dem Ende des friedlichen Protestmarsches nach Hause gehen wollten. Sofort brachen Ausschreitungen aus, und Kaduna brannte vier Tage lang.¹⁸⁾ Zahlreiche Christen und Muslime wurden getötet. Offiziell wurde die Zahl der Todesopfer mit etwa 1000 angegeben, aber viele politische Beobachter setzen die Zahl doppelt so hoch an. Präsident Olusegun Obasanjo sah sich gezwungen, den Aufruhr mit Einheiten der Armee und der Bereitschaftspolizei niederzuschlagen.

Aufgrund der Ausschreitungen verließen die Christen in Scharen das Land, besonders die Händler aus dem Stamm der Ibo, die in ihre Heimatstaaten in Ostnigeria zurückkehrten. Bei ihrer Ankunft führten die Händler in einigen Fällen die Leichen ihrer Verwandten mit sich, die während der Ausschreitungen in Kaduna getötet worden waren. Als Vergeltung

17) Vgl. Tunde Fatunde, „Nigeria – Au Nom de la Charia“, in dem auf Französisch erscheinenden Zweimonatsmagazin *Jeune Afrique économique*, 305, 13. März bis 2. April 2000, S. 42-44.

18) Tunde Fatunde, a. a. O.

wurden Racheakte an den Händlern und Viehzüchtern aus den Stämmen der Hausa und Fulani in Ostnigeria verübt, wobei mehrere hundert Muslime getötet wurden.¹⁹⁾ Auch in diesem Fall musste Präsident Obasanjo die Armee mobilisieren, um Recht und Ordnung in einigen größeren Städten der Ibo wiederherzustellen.

19) Tunde Fatunde, a. a. O.

Die Sharia-Krise hat unter der politischen Elite Nigerias zu einer kontroversen Debatte über die Zukunft des nigerianischen Bundesstaates geführt. Man ist sich allgemein einig, dass diese Religionskrise durchaus dazu führen kann, dass sich Nigeria in verschiedene ethnische Republiken auflöst, wie das ja in der früheren Bundesrepublik Jugoslawien bereits geschehen ist. Aber obwohl sich alle politischen Akteure über die Brisanz des Sharia-Problems einig sind, vertreten sie doch verschiedene Ansichten darüber, wie die nationale Frage Nigerias gelöst werden könne.

Die Gouverneure der sechs östlichen Bundesstaaten, die von den christlichen Ibo beherrscht werden, sind für die Einführung einer Konföderation als Regierungsform. Dabei ist die Errichtung einer Konföderation im Sinne dieser Gouverneure gleichbedeutend mit einer Umstrukturierung des nigerianischen Bundesstaats in acht autonome Gebiete mit einer schwachen Zentrale, die lediglich die auswärtigen Angelegenheiten koordiniert. Die Gouverneure der sieben Ölförderstaaten in Südostnigeria befürworten einen wahren Föderalismus, wie sie es nennen, in dessen Rahmen die Verfügungsgewalt über die Ressourcen der einzelnen Staaten in den Händen ihrer Bürger liegen soll und die Bundesregierung lediglich Anspruch auf Tantiemen hat. Die Gouverneure der sechs südwestlichen Staaten, zu denen auch Lagos gehört, teilen voll und ganz die Ansichten der Gouverneure in den östlichen Bundesstaaten Nigerias.

Nur in der nördlichen Region stehen die Vorschläge, die zu einer möglichen Lösung der nationalen Frage gemacht werden, in scharfem Widerspruch zueinander. Bis zur Sharia-Krise war es der aus Hausa und Fulani bestehenden Elite noch möglich, die Middle-Belt-Region mit Drohungen und Versprechungen dazu zu bewegen, sich mit einer einheitlichen Front unter dem Motto „ein geeinter Norden“ abzufinden. Seit dem Aufruhr um die Sharia

- 20) Vgl. „Sharia Tears the North Apart“, in dem Wochenmagazin *TELL*, 10, 6. März 2000, S. 14-25.
- 21) Ebd.
- 22) Vgl. „Panic in the North; Igbo, Yoruba Flee“, in der Wochenzeitschrift *The News*, Jahrgang 14, 10, 15. Mai 2000, S. 18-31.
- 23) Vgl. Tunde Fatunde, *Jeune Afrique économique*, a. a. O.
- 24) Vgl. „Nzeribe Withdraws Impeachment Motion“, in der Tageszeitung *The Guardian*, Jahrgang 16, 7837 vom Donnerstag, 17. April 2000, S. 1-2.

jedoch sind die Meinungsführer im Middle Belt auf Stimmenfang für den Gedanken einer eigenen Identität der Region, die von der islamischen Hegemonie der Hausa und Fulani vollständig unabhängig sein soll.²⁰⁾ An die Gouverneure ihrer Staaten haben sie die Forderung gerichtet, an den Treffen der sechzehn Gouverneure der Nordstaaten nicht mehr teilzunehmen. Nach ihrer Ansicht dient dieses Forum der Gouverneure lediglich dazu, die Sharia durchzusetzen und die Interessen der Hausa und Fulani zu sichern. Durch diese von verschiedenen Seiten gegen die Sharia vorgetragene Angriffe wurden ihre lautstärksten Befürworter zeitweise eingeschüchtert und ihr Eifer für die sofortige Einrichtung einer islamischen Theokratie gedämpft.²¹⁾ Die kleinen und mittleren Unternehmen in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias sind jedoch von der Sharia-Krise bereits schwer getroffen. Händler und Handwerker, Männer wie Frauen, Christen wie Muslime, haben die meisten Städte und Dörfer im Norden Nigerias bereits verlassen.²²⁾ Auch die asiatischen und libanesischen Gemeinden in Nordnigeria denken über einen Transfer ihrer Unternehmen und ihres Kapitals in den Süden nach, besonders nach Lagos, wo die Einführung der Sharia bereits sowohl durch die Legislative als auch durch die Exekutive abgelehnt wurde.²³⁾

Als die Sharia-Krise abzuflauen begann, stellte Senator Arthur Nzeribe im Senat den Antrag, gegen Präsident Olusegun Obasanjo ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten. Dafür gab er unter anderem den Grund an, Olusegun Obasanjo sei gegen den Islam eingestellt. Viele politische Beobachter sind der Meinung, dass hinter Arthur Nzeribes Versuch, Präsident Olusegun Obasanjo seines Amtes zu entheben, einflussreiche ehemalige Offiziere aus den Stämmen der Hausa und Fulani stehen. Der Antrag auf Amtsenthebung hat in ganz Nigeria große Verärgerung ausgelöst. Präsident Obasanjo fand so viel Rückhalt, dass Arthur Nzeribe gezwungen war, den Antrag fallen zu lassen und sich bei Präsident Olusegun Obasanjo zu entschuldigen; andernfalls hätte er riskiert, als Störenfried aus dem Senat ausgeschlossen zu werden.²⁴⁾

Trotz all dieser ethnischen, religiösen und institutionellen Krisen stiegen die Devisenreserven Nigerias innerhalb von zwölf Monaten von 1,2 auf etwa

7 Milliarden Dollar. Der Grund dafür liegt darin, dass die Bundesbehörden bei den öffentlichen Ausgaben nunmehr Sparsamkeit walten lassen und verschiedene dunkle Kanäle verstopft haben. Die Generäle Ibrahim Babangida und Sani Abacha waren bekannt dafür, dass sie Nigerias Devisenreserven durch Verschwendung und Korruption gnadenlos plünderten.

■ **Schlussbemerkung**

Alles deutet darauf hin, dass sich Nigeria auch weiterhin politischer Stabilität erfreuen kann, da die Führer der Streitkräfte die Regierung Obasanjo rückhaltlos unterstützen. Verstärkt wird diese politische Stabilität noch durch den Beistand und das Verständnis, das die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen und die demokratischen Industrieländer im Besonderen Präsident Obasanjo bei seinen politischen und wirtschaftlichen Reformen entgegenbringen. Die Regierung wird jedoch auch weiterhin den Dialog und den Meinungsaustausch mit den verschiedensten politischen Kräften aufrechterhalten müssen, wenn für die religiösen und institutionellen Krisenkomplexe Nigerias akzeptable Lösungen gefunden werden sollen.